gestellten dem Dienstherrn gehört, wenn die Erfindung einen Gegenstand betrifft, der innerhalb des Rahmens des betreffenden Gewerbes liegt. Der rückständige Geist, der in einer solchen Auslegung liegt, geht klar hervor, wenn wir den geistigen Vorgang des Erfindens begrifflich festlegen.

Was ist eine Erfindung? Der Ingenieur Sul West nennt sie in einer kleinen verdienstvollen Schrift eine Erkenntnis, daß man eine bestimmte technische Wirkung mit bestimmten Mitteln oder auf bestimmtem Wege erreichen kann. Diese Erkenntnis ist die Schöpfung eines Augenblicks, zumeist hervorgerufen durch eine zufällige Beobachtung des Erfinders oder durch eine zufällige Bemerkung eines andern, und nur selten sind es, jedenfalls so weit die grundlegende Idee in Betracht kommt, zielbewußte Ergebnisse planmäßiger Arbeiten. Weiter ist es ein alter Erfahrungssatz, daß die erfinderischen Ideen in den Mußestunden, außerhalb des Betriebes, kommen. Im übrigen ist die Fähigkeit der Erzeugung einer erfinderischen Idee eine Begabung, die nicht erworben oder erlernt werden kann. Sie hängt auch ab von dem Alter des Erfinders, seiner Stimmung, seiner Umgebung usw. Wir sehen also, daß es sich hier nicht um eine Arbeitsleistung handelt, die laut Dienstvertrag vorgeschrieben und geregelt werden kann.

Allerdings ist die technische Verkörperung oder Ausgestaltung einer Erfindung, dann die kaufmännische Ausbeutung der technisch fertigen Erfindung meist nur möglich durch die Mittel des Unternehmers, trotz alledem bildet die erfinderische Idee doch die Grundlage des Ganzen, und da der Erfinder der Urheber der Idee ist, muß ihm auch ein gerechter Anteil an dem Ertrag einer gemachten Erfindung zugesprochen werden. Es ist deshalb nötig, mit alten Rechtsbestimmungen aufzuräumen, durch die der technische Angestellte bedingungslos dem Großkapitalismus ausgeliefert wird. Für eine mehr als schlechte Bezahlung muß der Ingenieur, Chemiker und Techniker nicht nur seine normale Arbeitskraft verkaufen, sondern sein ganzes Wissen und Können, seine ganze Persönlichkeit wird in unhaltbare Frondienste gezwungen.

Volkswirtschaft.

k. Geheimkonventionen in der chemischen Industrie. Neben der in der letzten Zeit vielfach erwähnten trustähnlichen Interessengemeinschaft zwischen den Elberfelder Farbenfabriken, der Badischen Anilinfabrik und Anilinfabrik Treptow bestehen in der chemischen Industrie geheime Konventionen, denen die größten Firmen angehören. Es handelt sich bei dieser Konvention um einen sehr engen Zusammenschluß großer Unternehmungen, die Verabredungen beziehen sich nicht nur auf Festsetzung von Preisen, auf Patent- und Musterschutz, sondern setzen auch auf gegenseitige Gewinnbeteiligung. Vor einiger Zeit kursierten Meldungen über die Fusion des bekannten chemischen Etablissements Gehe u. Ko., Aktiengesellschaft in Dresden, die jetzt mit der bekannt gewordenen Konvention in Verbindung gebracht werden. Es scheint demnach die Vertrustung in der chemischen Industrie sich fast restlos vollzogen zu haben. Die Vermutung, daß die geheime Konvention mit dem Konzern Elberfeld-Ludwigshafen-Treptow in Verbindung steht, ist gleichfalls nicht unwahrscheinlich. Die Organisation, die drei der größten Betriebe offenkundig zu einem Trust zusammenfaßt und die übrigen als Konkurrenten auftretenden leistungsfähigen Fabriken durch geheime Vereinbarungen beherrscht, wäre wohl die wirksamste zur Ausplünderung der Konsumenten.

rt. Für das Papiergewerbe ist die herannahende Weihnachtszeit von ganz besonderer Bedeutung, da kaum eine andere Ware gerade in der Weihnachtszeit in so gesteigertem Maße und in solcher Vielseitigkeit zur Verwendung kommt wie Papier. Da werden alle Erzeugnisse des Papiergewerbes, vom allerfeinsten Luxuspapier bis herunter zur groben Pappe, lebhaft begehrt: sei es verarbeitet in Büchern, Bildern, Noten oder anderen bedruckten Gegenständen, sei es als Gold- und Silberpapier für den Christbaumschmuck oder kartoniert für Gesellschaftsspiele und anderes Kinderspielzeug. Kalender in allen Formen, photographische Reproduktionen, elegante Gebrauchsgegenstände wie Lampenschirme usw. kommen als Weihnachtsgeschenke auf den Markt. Durch den stärkeren Umsatz all dieser Gegenstände hebt sich vor Weihnachten der Absatz von Papier beträchtlich. Auch zu Glückwunschadressen, Anzeigen aller Art begegnet Papier um Weihnachten herum einer steigenden Nachfrage. Neben diesem Verbrauch zu Geschenken spielt Papier aber gerade zu Weihnachten bei dem allgemein erhöhten Warenumsatz als Hilfsmaterial eine bedeutende Rolle. Die Papiermenge, die zum Einwickeln im Weihnachtsversand verwendet wird, ist ganz bedeutend; sie ist mit der zunehmenden Machtsphäre der Warenhäuser, die beim Versand ihrer Waren stets für eine reichliche Verpackung sorgen, noch erheblich gewachsen. Nicht nur als Papier, sondern auch als Pappe in Kartons und anderen Verpackungsmaterialien finden die Erzeugnisse des Papiergewerbes zur Weihnachtszeit einen stark erhöhten Absatz. Wohl die wichtigste Absatzsteigerung um die Weihnachtszeit ist auf das Konto der Zeitungen zu setzen. Nehmen doch in den Weihnachtstagen die Zeitungen durch Anzeigen, durch Annoncen für Reklame- und andere geschäftliche Zwecke, durch lange Betrachtungen über das zu Ende gehende Jahr einen besonders starken Umfang an.

Parteiangelegenheiten.

Gemeindewahlen.

Bei der Gemeindevertreterwahl in Bant kam es zu einem großen Ringen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Anhängern des Reichsligenverbandes. Nach dem Ergebnis kamen von den von den Bürgervereinen aufgestellten Kandidaten, meist Sozialdemokraten, sechs Vertreter mit 1780 bis 1789 Stimmen durch, aber auch die Reichsverbändler kamen mit der gleichen Stimmenzahl zu vier Sitzen. Von den Ersatzmännern erhielten die Bürgervereine fünf, die Gegner durch das Los einen Sitz. Die große Stimmenzahl der Gegner erklärt sich durch die über 1000 Stimmen des Grundbesitzes, von denen allein die Kais. Werft etwa 300 abgab, die fast ausschließlich den Gegnern zufielen. So bedauerlich dieser Ausgang der Wahl ist, wird er doch den Parteigenossen Veranlassung sein, jeden Einzelnen bei späteren Wahlen zur Urne zu bringen. Betrug bei der vorigen Wahl die Beteiligung 84 Proz., so stieg sie diesmal auf etwa 90 Proz.

In Zeitz trug die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen mit 1353 bis 1665 Stimmen den Sieg davon. Es ziehen vier Genossen zum erstenmal ins Stadtparlament ein. Die Gegner hatten sich zu einem Block zusammengeschlossen und fieberhaft geschleppt, aber vergebens.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Cronenberg siegten in der dritten Abteilung bei der Stichwahl zwischen zwei Sozialdemokraten und zwei Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien ein Sozialdemokrat und ein bürgerlicher Kandidat. Von der dritten Abteilung sind somit drei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt.

Kiel, 28. November. Der letzte Tag der Stadtverordnetenwahlen brachte uns **noch einen glänzenden Sieg.** Unser Genosse Maehl wurde mit einer Majorität von 630 Stimmen gewählt. Bei den nunmehr abgeschlossenen Wahlen haben wir **von sieben Mandaten fünf erobert.**

Soziales.

Unberechtigtes Triumphgeschrei.

Der Austritt von vier kleinen Konsumvereinen aus dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine hat der bürgerlichen Presse Veranlassung gegeben, dem Blatte der sogenannten gelben Gewerkschaften, dem Bund, Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber, eine Notiz nachzudrucken, wonach in Bayern ein großer Teil der Konsumvereine aus dem Verbande ausgetreten sei, weil derselbe angeblich politische, d. h. sozialdemokratische Zwecke verfolge. Es herrsche „allseitige tiefe Erbitterung über den von den Sozialdemokraten verübten Mißbrauch zu Parteizwecken". Die Wahrheit ist lediglich, daß der Geschäftsführer des Konsumvereins Glückauf in Amberg zwar durch Zirkular die Vereine des süddeutschen Verbandes zum Massenaustritt aus dem Zentralverbande aufgefordert hat, daß jedoch nur vier winzige Vereine darauf reagiert und den Austritt aus dem Zentralverband, der ihnen keine Träne nachweint, erklärt haben. Maßgebend für diese Vereine waren aber nicht die behaupteten sozialdemokratischen Bestrebungen des Zentralverbandes, als vielmehr der Umstand, daß sie allen Grund hatten, die Verbandsrevisionen zu fürchten. Der Allgemeine Verband des Dr. Crüger, der dabei eine gewisse Rolle gespielt hat, dürfte an diesen wieder in sein Bereich zurückgekehrten Vereinen wenig Freude erleben.

Ortskrankenkassenwahl.

Einen großen Erfolg errangen die freien Gewerkschaften in Mainz bei der Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse. Abgegeben wurden von Arbeitern insgesamt 2703 Stimmen, davon entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 2263 und auf die „christlich-nationale" Liste 437 Stimmen, 4 Zettel waren ungültig. Bei der Wahl im Jahre 1904 erhielt das Gewerkschaftskartell 2037, die „Christlich-nationalen" 411 Stimmen. Die Zunahme der freien Gewerkschaften beträgt demnach 226 Stimmen oder zirka 12 Proz., die der „Christlich-nationalen" nur 25 Stimmen oder zirka 5 Proz. Also absolut und prozentual ist die Zunahme der freien Gewerkschaften ungleich stärker als die der Gegner.

Tarifgemeinschaft im Krankenkassenwesen.

Das Bezirksamt Königreich Sachsen in der Tarifgemeinschaft in den Ortskrankenkassenverwaltungen hielt dieser Tage in Chemnitz eine Sitzung ab. Für die nächsten zwei Jahre wurden zu Vorsitzenden des Bezirksamtes gewählt von den Vertretern der Kassenvorstände Herr Gustav Riem-Dresden und von den Vertretern der Kassenbeamten Herr Fr. Kleeis-Wurzen. Außer der Erledigung einer Anzahl Eingänge wurde beschlossen, die Einteilung der sächsischen Orte in die im Tarif vorgesehenen Städteklassen einer Nachprüfung zu unterziehen. Eine im Sommer 1907 vom Verbande der Krankenkassenbeamten aufgenommene Statistik über die Anstellungsverhältnisse in den sächsischen Ortskrankenkassen hatte folgendes Ergebnis: Es antworteten 93 Kassen mit 920 Angestellten. Hierunter waren 68 Kassen in der Größe von 1000 bis 4000 Mitgliedern. Bei diesen wurden folgende Durchschnittsgehälter festgestellt: Rendanten 1767 M., Bureaubeamten 1276 M., Expedienten und Hilfsexpedienten 952 M., Krankenkontrolleure und Einkassierer 1078 M.

Eine „Radikalkur".

Die ganze Brutalität eines Unternehmers zeigte eine Verhandlung vor dem Stettiner Kaufmannsgericht. Gegen einen dortigen Fleischermeister klagte seine bisherige Verkäuferin auf Weiterzahlung des Gehalts. Die Klägerin war gegen 25 M. Monatslohn und freie Station beschäftigt. Infolge der langen Arbeitszeit — sie mußte von morgens 6 bis abends 9 Uhr ununterbrochen tätig sein — kam es vor, daß sie morgens etwas länger schlief, was des braven Meisters Zorn erregte. Am 9. Oktober war wieder ein solcher Fall eingetreten. Da entschloß sich der Meister zu einer Radikalkur. Er füllte einen Eimer mit Wasser und goß dasselbe über die Schlafende aus. Das daneben liegende Dienstmädchen bekam ebenfalls ihren Teil ab. Selbstverständlich verließ die derart Behandelte sofort ihre Stelle. Es wurden ihr vom Gericht 33,15 M. zugesprochen.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

29. Sitzung am 29. November 1907.

Tagesordnung: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 25 und 26 des Etats, **Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden** betreffend.

Abg. **Anders** (Berichterstatter): Sachsens Schuldenlast werde zu Anfang des Jahres 1908 rund 918 Millionen Mark betragen. Dabei sei die Rentenanleihe von 1902, die noch nicht vergeben sei, nicht einbegriffen. Diese große Ziffer könnte Schrecken hervorrufen. Doch werde man bei näherer Betrachtung sehen, daß es so schlimm nicht sei. Die Staatsschulden hätten sich seit 1902, wo sie den Höchststand erreicht hatten, von 980 Mill. Mark auf 918 Millionen, also um 62 Millionen Mark, vermindert. Keiner der größeren deutschen Bundesstaaten könne auf eine solche Schuldenverminderung zurückblicken, es seien im Gegenteil die Staatsschulden sonst allenthalben gewachsen. Auch der Schuldenstand ist in Sachsen nicht höher wie in anderen Staaten. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an Zinsen für Staatsschulden in Preußen 6,78 M., Bayern 8,74 M., Württemberg 8,40 M., Baden 8,31 M., Sachsen 6,44 M. Auch bezüglich der Tilgung stehe Sachsen günstig da. Es gaben für Tilgung der Staatsschulden aus: Preußen 1,19 M., Bayern 1,45 M., Württemberg 4,16 M., Baden 0,23 M. und Sachsen 2,62 M. Die bereits bewilligte Rentenanleihe von 100 Millionen solle im Jahre 1908 noch nicht begeben werden; erst 1909 werde nach der Erklärung der Regierung eine Begebung von 50 Millionen erforderlich werden. Ein günstiges Bild ergibt sich auch, wenn wir das Staatsvermögen Sachsens mit unseren Schulden vergleichen. Es ist von 600 Millionen im Jahre 1903 auf 701 348 000 M. im Jahre 1906 angewachsen. Das ist das reine Staatsvermögen, von dem nichts abzuziehen ist. Dagegen beträgt das Bruttovermögen des Staates, die Aktiven, 1 649 000 000 M. Davon entfallen 863 Millionen Mark auf das unbewegliche Eisenbahnvermögen und 178 Millionen Mark auf das bewegliche. Der Anteil der Eisenbahnschulden an den Staatsschulden beträgt 164 Millionen Mark, so daß außerdem nur noch 154 Millionen Mark Staatsschulden verbleiben. Nach Abzug der Eisenbahnschulden verbleiben auf den Kopf der Bevölkerung in den einzelnen deutschen Staaten: Preußen 118 M., Bayern 39 M., Württemberg 16 M., Sachsen 38 M.; Baden hat nur Eisenbahnschulden.

Für 1908/09 sind an Ausgaben für Verzinsung der Staatsschulden 27 823 245 M. einzustellen und für Tilgung der Schulden 11 838 931 M.

Die eingestellten, oben erwähnten Beträge werden ohne Debatte bewilligt.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Gesetzgebungs-Deputation über den Bau eines Amtsgerichts in Hainichen-Frauenstein.

Der Präsident teilt mit, daß der Dienstag als sitzungsfreier Tag angesetzt sei, um den Abgeordneten Zeit zur Beschäftigung mit der Wahlrechtsfrage zu geben, die Mittwoch den 4. Dezember zur Vorberatung kommen solle.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 30. November:

Zunehmende Bewölkung, nachher Regen oder Schneefälle, mäßige Westwinde, etwas kühler.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 29. November, mittags 12 Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich.
Thermometer: + 5° R.
Thermometrograph: Min. + 3, Maxim. +
Hygrometer: 85 %.
Wasserstand: — 181.

Dresdner Polizeibericht vom 29. November.

Um seinen vom Winde fortgetriebenen Hut wieder zu erlangen, sprang vorgestern auf der Marienstraße ein Schmiedegehilfe von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen ab und schlug so heftig mit dem Hinterkopfe auf die Straße, daß er besinnungslos liegen blieb. Er kam jedoch bald wieder zu sich und vermochte dann seine Fahrt wieder fortzusetzen.

Im Hause Nr. 8 der König Johannstraße fiel gestern nachmittag, vermutlich infolge eines Schwindelanfalles, ein 75 Jahre alter Uhrmacher von der Mitte der zweiten Treppe über das Geländer in die Hausflur hinab und erlitt einen Schädelbruch. Er fand Aufnahme im Friedrichstädter Krankenhause.

In einem Arbeitsraume des Hauses Nr. 53 der Pillnitzerstraße wurde vorgestern ein 12 Jahre alter Knabe betäubt vorgefunden. Durch die von einem hinzugerufenen Stadtbezirksarzte etwa eine Viertelstunde lang angestellten Wiederbelebungsversuche erlangte der Kleine die Besinnung wieder, so daß er dann seinem Vater übergeben werden konnte. Wie die Erörterungen ergaben, hatte der Knabe an einem im fraglichen Arbeitsraume stehenden mehrflammigen Gasofen nur eine Flamme entzündet und war durch das aus den übrigen Oeffnungen ausströmende Gas bewußtlos geworden.

Letzte Telegramme.

Ein Erlaß.

München, 29. November. Die Verkehrsverwaltung hat folgende Warnung an ihr Personal ergehen lassen:

An das Personal des V.-M. u. Aemter.

Betreff: Auskunftserteilung über dienstliche Verhältnisse.

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Mitglieder des Landtages sich mitunter an das Personal wenden, um Aufschlüsse über die dienstlichen Verhältnisse, Abdrücke von Dienstanweisungen und dergl. zu erhalten. Ich sehe mich daher veranlaßt, unter Hinweis auf § 10 der Allgemeinen Dienstvorschriften die Erteilung solcher Aufschlüsse oder die Abgabe von Dienstvorschriften usw. durch das den Ministerialreferenten, Aemtern und Bureaus zugeteilte Personal ausdrücklich zu untersagen. Ich ordne zugleich an, daß Abgeordnete, die dienstliche Auskünfte wünschen, ohne weiteres an die zuständigen Ministerialreferenten oder Vorstände der Aemter zu verweisen sind, die je nach Umständen den Aufschluß erteilen, mit dem Abteilungsvorstand in Benehmen treten oder die Fragesteller an mich verweisen werden.

Aktenstücke oder Abschriften und Auszüge aus den Akten dürfen nicht abgegeben werden.

Ueber die Wirkungen seines „Erlasses" wird Herr v. Frauendorfer, der Cäsar aller Schienennägel und Postmagenräder sich wohl keinen großen Täuschungen hingeben. Denn der Abgeordnete ist — infolge mancher nicht vergnüglicher Zustände im Ressort dieses allerhöchsten Herrn — bei allen diesen Dingen meistens der passive Teil.

Ein neuer Pogrom in Odessa.

Berlin, 29. November. Der Hilfsverein der deutschen Juden erhält folgendes Telegramm aus Odessa vom 28. November: Nach der gestern durch „Expropriatoren" versuchten Ausraubung des Kontors eines Moskauer Arbeiterverbandes in Odessa inszenierten die Mitglieder des Verbandes des russischen Volkes große Exzesse gegen die Juden. In den Hauptstraßen überfielen Gruppen des schwarzen Hunderts die dort passierenden Juden, mißhandelten sie und verwundeten zahlreiche Personen. Zehn Juden sind mit lebensgefährlichen Wunden in das jüdische Krankenhaus eingeliefert worden. Der jüdischen Bevölkerung, namentlich in den äußeren Stadtteilen, hat sich eine große Panik bemächtigt.

Nasi.

Rom, 29. November. Im Laufe der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer verlas der Kammerpräsident ein Schreiben Nasis, in dem dieser in seiner Eigenschaft als Vertreter des Wahlkreises Trapani verlangt, an den Kammersitzungen teilnehmen zu können. Das Gesuch wurde den Bureaus überwiesen. Ferner beschloß die Kammer auf Giolittis Antrag, alle mit dem Nasi-Fall in Zusammenhang stehenden Interpellationen bis zum Schluß des vor dem Senat schwebenden Nasi-Prozesses zu vertagen. Damit erscheint die Affäre der Subsidiengelder, die so viel Staub aufzuwirbeln drohte, vorerst glücklich weggeräumt.

Marokkaner in Algerien.

Paris, 29. November. Aus Algier wird gemeldet: In Oran sind an Bord des Dampfers Emir 173 Personen eingetroffen, die Nemours aus Furcht vor einem Angriffe der Marokkaner verlassen haben. Aus Touache sind zahlreiche Familien nach Oran abgereist. Für heute wird abermals ein ernstes Gefecht mit den Beni Snassen erwartet, die sehr starken Zuzug erhalten haben. Ein Torpedojäger erhielt den Befehl, an die Kißmündung zu fahren, da man einen Angriff auf Port Say befürchtet. Eine marokkanische Abteilung hat bereits gestern nachmittag den auf algerischem Gebiete ansässigen Mssirfas-Stamm angegriffen. Mehrere fremde Dampfer sollen bei dem Flusse Mulusa Waffen für die Beni Snassen an Land geschmuggelt haben, ohne von den regulären marokkanischen Truppen irgend wie daran gehindert worden zu sein. Der Pascha Siava der Festung Saida sei von den Beni Snassen gezwungen worden, samt seinen Soldaten sich ihnen anzuschließen.

Verschüttet.

Stuttgart, 29. November. In einem Steinbruch bei Darmsheim wurden dem Schwäbischen Merkur zufolge zwei Arbeiter verschüttet. Ein Arbeiter wurde getötet, der andere schwer verletzt.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Wir bitten dringend darum, in erster Linie die Wirte zu unterstützen, die uns ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen und die Sächsische Arbeiter-Zeitung auslegen. Gleichzeitig bitten wir darum, bei Einkäufen jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die die Sächsische Arbeiter-Zeitung halten und in derselben inserieren. Genossen! Beruft euch bei allen Geschäftsleuten, die in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung inserieren, darauf, daß ihr aus diesem Grunde euren Bedarf bei ihnen deckt. Das ist ein wertvolles Agitationsmittel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19071129/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG